

Johannes Eisenberg
Prof. Dr. Stefan König *
Dr. Stefanie Schork **
Kai Kempgens ***
Rechtsanwältin | Rechtsanwalt

EISENBERG KÖNIG SCHORK KEMPGENS
Partnerschaftsgesellschaft mbB
Görlitzer Straße 74
10997 Berlin

EISENBERG KÖNIG SCHORK KEMPGENS Part mbB | Görlitzer Str. 74 | 10997 Berlin

Telefon: [030] 611 20 21
Telefax: [030] 611 23 15
E-Mail: info@eksk.legal
Internet: www.eksk.legal

* auch Fachanwalt für Strafrecht
Honorarprofessor an der Georg-August-
Universität Göttingen

** auch Fachanwältin für Strafrecht
weitere Tätigkeitsschwerpunkte:
Presse- und Medienrecht

*** auch Fachanwalt für Strafrecht

89/24 eis-an
Berlin, 22. Mai 2026

Presseerklärung

Senatsverwaltung für Wissenschaft nimmt Disziplinarverfügung gegen Frau Prof. Dr. Geraldine Rauch, ehemalige Präsidentin der Technische Universität Berlin zurück

Der Vorsitzende der zuständigen Kammer des VG Berlin [VG 80 K 17/25 OL] teilte in der heutigen mündlichen Verhandlung mit, dass die gegen Frau Prof. Dr. Rauch erlassene Disziplinarverfügung nicht nur nicht mehr zweckmäßig ist, sondern nach Vorberatung der Berufsrichter auch nicht rechtmäßig war.

Im Mai 2024 „likte“ die damalige Präsidentin der TU Berlin einen Post auf ihrem privaten X-Account mit dem Inhalt „... Tausende türkische Bürger gehen derzeit auf die Straße, um einen Waffenstillstand im Gazastreifen zu fordern und die Operation in Rafah zu verurteilen!“. Verbunden mit dem Text waren zwei Bilder von türkischen Demonstrationen für einen Waffenstillstand im Gaza-Streifen. Auf einem Bild trugen die Demonstranten ein Plakat, das den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu zeigte mit einem weißen Oberteil, auf dem rote Farbe verteilt war, augenscheinlich eine Darstellung von Blutspuren. Darunter befinden sich auch zwei Hakenkreuze, die für die ehemalige Präsidentin nicht ohne weiteres erkennbar waren. Der Regierende Bürgermeister und andere CDU-Politiker forderten den Rücktritt bzw. die Abwahl der Präsidentin [die die Gremien ablehnten].

Postbank Berlin | BIC: PBNKDEFF100
IBAN: DE12 1001 0010 0056 8821 06
USt-IdNr: DE136323401

Frau Prof. Dr. Rauch leitete ein „Selbstreinigungsverfahren“ bei der zuständigen Senatsverwaltung gegen sich selbst ein. Diese erkannte auf eine Disziplinarverfügung und setzte am 15.08.2025 eine vierstellige Geldbuße gegen sie fest.

Auf die dagegen gerichtete Klage hin nahm dieselbe Verwaltung am 22.05.2026 diese Disziplinarverfügung zurück. Sie entging damit einer gerichtlichen Aufhebung.

Was als Skandal propagiert wurde, ist keiner.

Der Vorsitzende der zuständigen Kammer des VG Berlin teilte mit, dass nach Ansicht der Berufsrichter hinsichtlich des Posts schon kein Dienstbezug erkennbar sei. Zudem sei der durch Drücken eines Buttons erfolgte Like nicht einem disziplinarwürdigen Bereich zuzuordnen. Die verfahrensgegenständlichen Bilder – hinsichtlich derer gar nicht festgestellt werden könne, dass sie in den Text eingebunden waren – sollten veranschaulichen, was an Demonstrationen in der Türkei gegen das Vorgehen des israelischen Militärs im Gazakrieg stattgefunden hat. Wenn man sich die Bilder ansehe, springe einem nicht ins Auge, dass da auch rot gemalte Hakenkreuze gemalt seien. Zudem sei der Like von der Meinungsäußerungsfreiheit aus Art. 5 GG gedeckt. Die in dem Plakat enthaltene Kritik überschreitet die Meinungsäußerungsfreiheit im Bereich privater Äußerungen nicht.

Danach durfte weder die Forderung nach einem Waffenstillstand im Gaza-Streifen, noch die Wiedergabe des Fotos von einem türkischen Demonstrationsgeschehen disziplinarrechtlich verfolgt werden. Dass mit dem „likem“ dieses Posts keine Verbreitung nationalsozialistischer Symbole intendiert war, ergab sich – so das Gericht – bereits aus dem Kontext.

Die Verteidigung von Frau Prof. Dr. Rauch hatte im Verfahren der Senatsverwaltung vorgeworfen, wider besseren Wissens die Disziplinarverfügung erlassen zu haben, um die völlig ungerechtfertigte und seine Fürsorgepflicht verletzenden Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters nachträglich zu rechtfertigen.

Frau Prof. Dr. Rauch weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass es der TU Berlin unter ihrer Präsidentschaft entgegen der Darstellung einschlägiger Lobbyisten gelungen ist, ohne massive Besetzungen und gewalttätige Auseinandersetzungen als Diskussionsraum für friedliche Studentengruppen erhalten zu bleiben. Sie weist die fortdauernden Vorwürfe, sie habe antisemitische Stimmungen gefördert, erneut zurück.

Mit freundlichen Grüßen

Eisenberg